



20 Jahre Europäische Währungsunion – Bilanz und Perspektiven

Am 4. April 2019 hat die Hauptverwaltung in Bayern zusammen mit dem Aktionskreis Stabiles Geld eine Konferenz anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Europäischen Währungsunion ausgerichtet.

Der gemeinsamen Einladung in das Dienstgebäude der Hauptverwaltung in der Leopoldstraße waren rund 200 Gäste gefolgt, darunter zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler aus ganz Deutschland, aber auch Vertreter der Finanzindustrie, aus den bayerischen Ministerien und Verbänden sowie dem öffentlichen Leben.

Intention der Konferenz war, das Euro-Jubiläum zu nutzen, um über die Gemeinschaftswährung Bilanz zu ziehen und über Wege zu diskutieren, die Europäische Währungsunion nachhaltig zu stabilisieren. Referenten waren HV-Präsident Franz Josef Benedikt, Michael Diederich, Sprecher des Vorstands der HypoVereinsbank - UniCredit Bank AG und zugleich Präsident des Bayerischen Bankenverbands, sowie Volker Wieland, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. An der nach den Impulsreferaten erfolgten Podiumsdiskussion nahm neben den Referenten auch Gerhard Rösl, Sprecher des Aktionskreises, teil.

Erfolg der Gemeinschaftswährung zeigt sich bei der Inflationsrate

Im Auftaktvortrag erläuterte Benedikt, dass sich der geldpolitische Handlungsrahmen des Eurosystems als erfolgreich erwiesen habe, abzulesen an der jahresdurchschnittlich realisierten Inflationsrate im Euroraum seit 1999 von 1,7 Prozent. Damit sei der Euro stabiler als alle seine Vorgängergewährungen. Gleichwohl hätten sich in der Krise aber auch wirtschafts- und finanzpolitische Fehlentwicklungen etlicher Euroländer sowie Mängel im Ordnungsrahmen der Währungsunion gezeigt, die man beheben müsse. Benedikt ließ die außergewöhnlichen geldpolitischen Maßnahmen des Eurosystems in der Krise Revue passieren und skizzierte die Bedenken der Bundesbank beim Ankauf von Staatsanleihen. Aktuell sei das Basisszenario des geldpolitischen Normalisierungsprozesses trotz der schwächeren Konjunkturdaten nach wie vor intakt. Wie das neue „Normal“ der Geldpolitik aussehen werde, sei derzeit noch nicht zu sagen. Allerdings seien zwei wichtige Leitprinzipien aus Sicht der Bundesbank zu beachten. Erstens, müsse der neue Handlungsrahmen so beschaffen sein, dass er zuvorderst dem Ziel der Erreichung von Preisstabilität diene („Effektivität“). Zweitens, solle künftig die Bilanz der Notenbank so groß wie nötig, aber zugleich so klein wie möglich gehalten werden, um die Einflüsse auf das Marktgeschehen möglichst gering zu halten („Effizienz“).

Europäische Banken sind stark herausgefordert

Michael Diederich zielte in seinem Impulsreferat auf die aktuellen Herausforderungen ab, denen sich die Banken in Europa gegenübersehen. Er stellte fest, dass die internationalen Wettbewerber in Punkto Ertragskraft den europäischen Banken davonzuziehen drohten. Die Europäischen Banken müssten einen Weg finden, um sich im Spannungsfeld aus Nullzinsumfeld, schärferer Regulatorik, verändertem Kundenverhalten und neuen Wettbewerbern (Fin- und Big-Techs) zu behaupten. Angesprochen auf die an diesem Tag über den Ticker gelaufenen Gerüchte über eine Übernahme der Commerzbank durch die UniCredit antwortete Diederich „Glauben Sie nicht alles, was in der Presse steht. Wir sind als HypoVereinsbank auch so gut positioniert“.

Ordnungsrahmen der Währungsunion ist brüchig

Volker Wieland skizzierte in seinem Beitrag, dass sich der Ordnungsrahmen der Währungsunion in der Krise als brüchig herausgestellt habe. Weder das fiskalpolitische Regelwerk noch die No-Bail-Out-Klausel hätten die Staatsschuldenkrise verhindert. Haftung und Kontrolle stünden derzeit in der Währungsunion nicht mehr im Einklang, was Fehlanreize befördere. Es könne nicht sein, dass nationale Regierungen eigenständig handelten, die europäische Ebene aber zunehmend für diese Entscheidungen gerade stehen müsse. Da eine Fiskalunion – eine Option der Stabilisierung – derzeit nicht realisierbar sei, müsse sich die Politik auf die zweite Option – Maastricht 2.0 – fokussieren. Letzteres bedeute, die Fiskalregeln stringenter zu fassen und die No-Bail-Out-Klausel zu reaktivieren, um wieder mehr Marktdisziplinierung zu erreichen. Dazu sei eine Staatsinsolvenzordnung unerlässlich. Zudem müsse, um den Banken-Staaten-Nexus aufzubrechen, die regulatorische Privilegierung von Staatsanleihen beendet werden.

Spannende Podiumsdiskussion

Spannend verlief die Podiumsdiskussion unter Moderation von Rigobert Kaiser vom Bayerischen Rundfunk. Die Podiumsteilnehmer erörterten, auch auf Fragen aus dem Publikum hin, intensiv die Möglichkeiten, die Währungsunion zu stabilisieren. Ebenso wurden die Fähigkeit und der politische Wille, Strukturreformen in den Problemstaaten umzusetzen und die Staatsverschulung herunterzufahren, durchaus unterschiedlich optimistisch eingeschätzt. Themen waren aber auch die Sinnhaftigkeit und der Nutzen beziehungsweise Schaden der ultralockeren Geldpolitik des Eurosystems – Stichwort Enteignung der deutschen Sparer zur fiskalischen Stabilisierung des Südens Europas – oder die Schwierigkeiten einer Entprivilegierung von Staatsanleihen.

Dass die Veranstaltung mit ihrem Thema den Nerv der Gäste getroffen hat, zeigten nicht nur die zahlreichen Fragen, sondern auch die vielen angeregten Gespräche, die nach der vierstündigen Konferenz beim anschließenden Imbiss und Get-Together noch für eine beträchtliche Zeit weiterliefen. Als die letzten Gäste gingen, war es – der Beginn der Konferenz war wohl gemerkt um 14 Uhr – bereits dunkel geworden.

Text: Thomas Schneider und Joachim Prasch